KBA 17353 (nach 12.) April 1937

Wie kam es zur Gemeinschaftsschule? ⊗

" Zum Geburtstag des Führers gelobt die gesamte deutsche Erzieherschaft ihre unerschütterliche Treue und den restlosen Einsatz all ihrer Kräfte für den Wahlspruch:

Ein Führer! Ein Volk! Eine Schule!

Dazu schreibt Gauleiter und Reichswalter Fritz Wächtler folgendes: " Das Ziel, für das wir kämpfen und für das sich besonders auch die gesamte deutsche Erzieherschaft einsetzt, die im NSLB vereint ist, heisst nun einmal unabänderlich: die deutsche Schule (Gemeinschaftsschule). Sie überall im Reich als die einzig massgebliche Schulform einzurichten, ist das Gebot nat.soz. Erziehungsarbeit an der deutschen Jugend. Diese Aufgabe muss im Mittelpunkt des gewaltigen und zukunftsschweren Werkes der Schulreform stehen, damit die vom Führer geschaffene Volksgemeinschaft in der allgemeinen deutschen Schule ihren erziehungsmässigen Ausdruck findet. Wer dieses Ziel aber zum Ansatzpunkt für einen Kulturkampf missbrauchen möchte, ist ein Verräter am deutschen Volk und er kann sicher sein, dass dieses Volk ihm eines Tages deutliche Antwort auf sein Verhalten geben wird. Die Ergebnisse vom Gau Saarpfalz, von München, Nürnberg und vielen anderen Städten sind Zeugnisse dafür." (Reichszeitung der deutschen Erzieher, 4.Heft, April 1937)

In seiner Rede vor den mainfränkischen Erziehern am 13.2.37 nahm Gauleiter und Staatsminister Wagner auch zu der Frage der Gemeinschaftsschule Stellung: "Letzten Endes, glaube ich, verlangt das Volk auch mit Recht von der Kirche, dass die Kinder im Sinne und im Interesse des Volkes erzogen werden. Die Kirche soll zu diesem Zweck ihre Zeit bekommen. Diesen ersten Einwand der Kirche möchte ich aus der Welt schaffen. Sie sollen ihre Zeit bekommen, in der sie ihre Arbeit leisten sollen. Wir werden uns erlauben, von seiten des Staates zu kontrollieren, wie die Kirchen diese Zeit anwenden. Ich sehe nicht ein, warum jeder Lehrer und jede Lehrerin unter der staatlichen Schulaufsicht steht und der Religionslehrer nicht, wenn er Geistlicher ist. Wenn einerseits die Kirchen das vertragliche Recht haben, einen Lehrer von der Erteilung des Rel.Unterrichtes abzuberufen, wenn sie glauben, dass der Lehrer nicht mehr imstande ist, diesen Rel.Unterricht ordnungsgemäss zu erteilen, so beanspruche ich für mich das Recht, einen geistlichen Rel.Lehrer abzuberufen, wenn ich feststelle, dass dieser geistliche Rel.Lehrer Schaden übt an der Jugend und damit Schaden übt an unserem deutschen Volk. Und da sich in letzter Zeit die Gesuche häufen seitens der Kirche, insbesondere alte Nationalsozialisten vom Rel.Unterricht auszuschalten, werde ich wohl über kurz oder lang dieserEntwicklung ganz gebieterisch Einhalt tun. Denn schliesslich bin ich nicht dazu da, lediglich Berichte und Klagen zu lesen über das, was im Lande vor sich geht, sondern meine Pflicht - nicht nur als Kultusminister, sondern insbesondere als politischer Innenminister - besteht darin, dafür zu sorgen, dass Ordnung im Lande herrscht. Ich kann nicht dulden, dass diese Ordnung auf die böswilligste Art und Weise gestört wird. Ich kann nicht mit der Polizei in die Kirche hineingehen. Ich tue es auch nicht. Da gehört die Polizei nicht hinein. Aber ich kann als Schulaufsichtsbehörde in die Schulen hineingehen, und werde dieses Recht auch ausüben. Daran hindert mich kein Mensch. Ich glaube, wenn wir uns über die Aufgabenteilung zwischen Staat und Kirche klar sind, müsste es gehen. Es geht nur dann nicht, wenn ein bestimmter Teil nicht will. Ich habe leider Gottes das Gefühl, als wenn man nicht wollte. Alles, was von unserer Seite aus getan wurde, ist von vornherein falsch. Ich erlaube mir, in diesem Kreise einmal die Frage aufzuwerfen, was denn an dem richtig war, was man bisher getan hat. " (Reichszeitung der deutschen Erzieher, 4.Heft, Apr. 37)

Es ist durch die Presse allgemein bekannt geworden, dass plötzlich im Saargebiet eine Abstimmung für die Gemeinschaftsschule stattgefunden hat. Fast 100% haben nach offiziellen Nachrichten dafür gestimmt. Dass die Wirklichkeit diesen Meldungen nicht entspricht, ergibt sich aus vielen Einzelberichten, aber auch aus offiziellen Protesten der evang. und kath. Kirche.

Diese Abstimmung ist nicht ohne Grund gekommen. Sie hatte einen Einzelfall als Anlass. In der Gemeinde Frankenholz im Saargebiet wurde in einer kath.Schule von einem Lehrer das Führerbild über dem Katheder angebracht und im Zusammenhang damit das Kreuz einige Meter davon halbrechts über die Tür gehängt. Dadurch war der Eindruck entstanden, dass das Kreuz von seinem Ehrenplatz verdrängt werden sollte. Ja, man wurde auch an die oldenburger Schulvorgänge erinnert, bei denen das Kreuz ganz aus den Schulen entfernt worden war. Als Antwort auf diese Handlungsweise war man in einen Schulstreik eingetreten. Dadurch entstand eine Spannung, die mit der Zeit immer stärker wurde. Sühneandachten wurden veranstaltet und Hirtenbriefe von den Kanzeln verlesen.

Für die verantwortliche politische Führung war es klar, dass eine unmittelbare Klärung dieser ganzen Angelegenheit herbeigeführt werden musste. Deshalb rief Gauleiter Bürckel am Freitag, dem 19.März alle saarpfälzischen Lehrer zu einer Kundgebung nach Kaiserslautern. In seiner grossen Rede machte er längere Ausführungen über das Verhältnis von Nationalsozialismus und Christentum. Dabei nahm er dann auch zu den Frankenholzer Vorgängen Stellung:

⊗ Zu diesem Thema vgl. auch den Schulz. Ev. Pressedienst Juni 1937

"Mir selbst wurde der bewusste Vorfall mehrere Tage später zur Kenntnis gebracht. Leider zu spät. Den alten Zustand hätte ich gerne wiederhergestellt. Das war mir unmöglich gemacht worden, weil ein organisierter Schulstreik bereits die Frage aufgeworfen hat: Kirchenstreik gegen Staatsautorität. Vielleicht wird man sagen, die Kirche habe nichts mit dem Streik zu tun, das waren die in ihrem religiösen Gefühl beleidigten Kindlein. Nein, das ganze war eine vom Zane gebrochene örtliche Kraftprobe, der auch damit keine Wendung gegeben werden konnte, als man diese Kraftprobe unverständlicherweise zu einer Gau-Angelegenheit zu machen versuchte. Warum hat man denn immer wieder von einem oldenburger Fall geredet und behauptet dass der Frankenholzer Vorfall nur eine Fortsetzung bedeute?
Weiss man denn nicht, dass ich mich immer bemühe, den Konfessionen gegenüber die Haltung einzunehmen, wie sie der Führer wünscht? Warum hat man mich nicht vor dem Streik von der Sache unterrichtet? Weil man sich eines willkommenen Agitationsmittels nicht begeben wollte? Oder glaubte man, ich sei so böswillig und dumm, dass ich mir einbilde, ich könnte durch eine so lächerliche Aktion das Christentum aus dem Sattel heben? Und wozu die ganze Diözese in den örtlichen Streit ziehen? Wer will denn Streit im Gau? Wozu also die Serie von Hirtenbriefen? In den Kirchen wurden Sammlungen angeordnet für die gemassregelten Werkleute aus Frankenholz.
Gewiss, wenn ich an die letzte Ursache der notwendig gewordenen Strafmassnahmen denke, so ist mir diese Sammlung verständlich. Nun aber bin ich gezwungen, es einmal eindeutig auszusprechen, dass mit dem Schulstreik zugleich eine gewisse passive Resistenz auf der Arbeitsstätte verbunden war. Die Förderung war an diesem Tage um mehr als 100 Tonnen in der Grube gesunken und sie war sofort wieder in Ordnung, als die paar gleichen Werkleute entlassen waren, die auch ihre Kinder von der Schule fernhielten. Will man nun Sammlung und Gebet für diese Sache noch verteidigen? Will man mir nun immer noch den Schulstreik als eine rel Abwehr kennzeichnen? Wenn ich feierlichst erkläre, dass ich bereitwilligst das Kreuz hätte an seinen Platz hätte verbingen lassen, wenn auch nur die geringste Missachtung durch das Verhängen zum Ausdurck gekommen wäre, ja auch ohne dies wäre ich solchen Wünschen nachgekommen, hätte man mir dies nicht unmöglich gemacht. Eines möchte ich nun für alle Mal feststellen:
Da ich mich bemühe, den geraden rechten Weg zu gehen, lasse ich mich weder durch Sprechchöre, noch Schulstreiks, noch Hirtenbriefe zur Änderung einmal getroffener Massnahmen zwingen. Will man in irgendeinem Falle eine berechtigte Änderung erreichen, so komme man bitte zu mir. Niemand wäre eingesperrt oder mit Geld bestraft worden, hätte man andere Wege gewählt. Aber weder Drohungen mit einer ausländischen Macht, noch eine Unterschriftensammlung in Brasilien wegen dieser Bagatelle, von der ich sogar hoffen möchte, dass sie bei den massgebendsten Kreisen nur aus Missverständnissen und Irreführungen zustandekam, sind geeignet, einen guten Willen zu demonstrieren."
Im Zusammenhang damit ging dann Gauleiter Bürckel weiter auch auf die Frage der schöpfungsmässigen Gebundenheit des Volkes und seiner einheitlichen Erhaltung ein:
"Wir müssen unserer Jugend, wenn wir um ihre Zukunft besorgt sind, die Schule geben, in der sich Katholiken und Protestanten vereinigen zur Arbeit und zu dem Gebet für Deutschland."
"Die Voraussetzung für die Volksgemeinschaft ist die Jugendgemeinschaft. Voraussetzung der Jugendgemeinschaft ist die Schulgemeinschaft. Die Schule aber gehört niemand anders als dem Staat. Daher ist es ganz selbstverständlich, dass die Gemeinschaftsschule in Deutschland kommen muss und wird. Die Erörterungen in dieser Frage in den letzten Tagen haben zu einer gewissen Spannung geführt, die ja, wie die Ergebnisse einiger durchgeführter Abstimmungen zeigen, nach Lösung drängt. Um in unserem Gau über diese Frage zum absoluten Frieden zu kommen, ordne ich daher an, dass am heutigen Samstag an all den Orten, in denen das Bedürfnis zur Einführung der Gemeinschaftsschule zu einer Entscheidung drängt, die Abstimmung durchgeführt wird. " (NSZ Rheinfront vom 20.3.37)
Durch diese Anordnung war eine neue Lage geschaffen. Um die notwendigen Massnahmen dafür treffen zu können, wurde die Rundfunkrede Bürckels abgebrochen, um "die politischen Notwendigkeiten zu ergreifen". Die Amtswalter wurden zu nächtlicher Stunde alarmiert, um die überraschenden Direktiven für den nächsten Morgen zu empfangen. AlleLehrpersonen wurden gegen Mitternacht durch SA aus den Betten geholt und in ein Lokal beordert, wo man ihnen ein Schriftstück betr. Gemeinschaftsschule zur Unterschrift vorlegte. Alle haben mit "Ja" unterschrieben, manche nach furchtbaren seelischen Kampfen. Am nächsten Morgen sollten diese dann in Begleitung von SA oder PL zu den Erziehungsberechtigten in die Häuser gehen. In jedem Block sollten die Eltern bis 10 Uhr besucht werden und es sollte ihnen ein Revers (also kein Wahlzettel mit zwei Möglichkeiten) zur Unterschrift vorgelegt werden, der unge-

fähr folgendes enthielt: Ich stimme der Einrichtung der christlichen Gemeinschaftsschule mit bekenntnismässigem Rel.Unterricht zu.
Naturgemäss wurden vormittags nur Frauen angetroffen. Zeit zum Überlegen liess man den Befragten nicht. Auch Drohung und Zwang kamen vor. Manchmal befragte man nur einen Teil der Eltern und errechnete danach die Prozentzahl. Der überwiegende Eindruck des Vorgehens war wohl der, dass die Wahl eine Überrumpelung war. Wer kein Radio hatte, erfuhr erst am Sonnabend (also am Abstimmungstag), um was es sich eigentlich handele. Wie an den einzelnen Orten gearbeitet wurde, mögen einige Tatsachen beleuchten:
1. Zuerst einmal muss festgestellt werden, dass die Abstimmung nirgendwo geheim gewesen ist. In Gegenwart des Abstimmungsbeauftragten musste der Abstimmungszettel unterschrieben werden.
2. Oftmals konnte man die Unterschriften nur unter Drohung und Zwang erlangen. So hatte es ein Beamter am Vormittag entschieden abgelehnt, zu unterschreiben. Kurz nach Mittag erschienen nen daraufhin in der Wohnung des betr. Mannes der Bürgermeister und ein Bergassessor und drohten ihm die Entlassung an, falls er nicht unterschriebe. Daraufhin unterschrieb er schliesslich. Es ist klar, dass durch diesen Vorfall auch eine grosse [illegible] der übrigen Abstimmungsberechtigten eingeschüchtert wurde. - Überhaupt scheint man bei Beamten oder bei Beamtenfrauen verschiedentlich in ähnlicher Form vorgegangen zu sein. Aber auch Arbeiterfrauen, die die Unterschrift verweigerten, erklärte man, dass ihre Männer ihre Arbeitsstelle verlieren würden. - Wieder bei anderen sich weigernden Gemeindegliedern redete man so lange auf sie ein, bis sie schliesslich unter Tränen doch ihre Unterschrift gaben. So wurde eine Frau, die erst vor ein paar Tagen nach einer schweren Operation aus dem Krankenhaus entlassen worden war, mehrmals aufgesucht und immer wieder zur Unterschrift gedrängt. Die Frau konnte sich zuletzt nicht mehr aufrecht halten und musste sich ins Bett legen. Aber auch hier erschienen die Abstimmungsbeauftragten und bedrängten sie so lange, bis sie unterschrieb. - Auf der Strasse und in den Läden wurden die, die sich weigerten oder nicht sprechen liessen, immer wieder gestellt und mehr oder weniger zur Unterschrift gezwungen. Oft wurden Familien 4 bis 6mal aufgesucht.
3. Aus vielen Gemeinden wird berichtet, dass man nicht nur die Erziehungsberechtigten befragt hat, sondern ganz allgemein alle. Ein Fräulein, das kinderlos ist und sich auch noch nicht verlobt hat, wurde vom Lehrer wegen der Unterschrift angehalten. Ebenso auch ihre Mutter. In gleicher Weise wurde ein Ehepaar, das nur eine unverheiratete Tochter von über 20 Jahren hat, zur Unterschrift genötigt. Ganz alte Leute, Unverheiratete, auch die evangelische Gemeindeschwester, alle sollten unterschreiben.
An anderen Orten wieder wurden die Unterschriften wahllosen bald von diesen und bald von jenen gefordert. Z.B. von zwei alten Junggesellen; von einer Witwe, die keine schulpflichtigen Kinder und auch keine Enkelkinder hat; von jungen Eheleuten, die noch keine Kinder haben; von Vätern, die keine schulpflichtigen Kinder mehr haben. Familien, die keine Kinder haben, wurden teils gefragt, teils wieder nicht. - Ein Lehrer erzählte mehrere Tage nach der Abstimmung, dass er 3 Unterschriften von solchen Personen genommen habe, welche keine schulpflichtigen Kinder hätten, jedoch abzustimmen wünschten. Als ein anderer ihn daraufhin fragte, ob man auch solche Personen zugelassen hätte, die unter gleichen Bedingungen "Nein" gestimmt hätten, wurde das durch Schweigen verneint.
4. Als Lockmittel hat man hier und da den Leuten gesagt: der Pfarrer kann ja den Religionsunterricht halten. Dem Pfarrer anderserseits sagte man: er solle ruhig unterschreiben; die Gemeinschaftsschule komme ja doch, ob er nun unterschriebe oder nicht. Aber auch Äusserungen ganz anderer Art, die etwas von dem letzten Ziel der Gemeinschaftsschule erkennen liessen, sind gefallen. So äusserte sich ein evangelischer Schulleiter einer Frau gegenüber: es handele sich darum, dass die Pfaffen aus der Schule herauskämen.
5. Neben diesen verschiedenen Arten des Vorgehens ist auch interessant, wie manchmal die Ergebniszahlen zustande gekommen sind. In einem Ort soll nach den amtlichen Meldungen 89 % der Erziehungsberechtigten für die Gemeinschaftsschule gestimmt haben. Dabei steht fest, dass von den evangelischen und katholischen Gemeindegliedern 28 bis 30 % überhaupt keine Unterschrift gegeben haben. Bei den gemeldeten 89 % kann es sich also höchstens um 89% der abgegebenen Stimmzettel, niemals aber um 89% der Erziehungsberechtigten handeln.
In einem Dorf hat der Ortsbürgermeister am Freitag (also schon bevor die Rede gehalten wurde, die die Gemeinschaftsschule ankündigte) bekannt gegeben: es ist beabsichtigt, auch hier die Gemeinschaftsschule einzuführen. Wer etwas dagegen einzuwenden hat, kann heute abend um 7 Uhr auf dem Bürgermeisteramt seine Gründe vorbringen. Es kam natürlich keiner. So konnte die

Zeitung schreiben, dass 100 % für die Gemeinschaftsschule gestimmt haben.
In manchen Orten hat auch das Bürgermeisteramt mit dem Gemeinderat und der Schulpflegschaft zusammen die Gemeinschaftsschule beschlossen, ohne sich um den Willen der Erziehungsberechtigten zu kümmern.
Von einem Ort ist bekannt, dass nur 25 % für die Gemeinschaftsschule stimmten. U .a. hatten sich auch die Gemeinderäte gegen die Gemeinschaftsschule ausgesprochen. Daraufhin wurde den Gemeinderäeten mitgeteilt: nachdem die Bevölkerung zu 100% (es waren aber nur 25%) die Gemeinschaftsschule beschlossen hat, werden Sie hiermit Ihres Amtes als Gemeinderat enthoben, weil Sie sich gegen die Gemeinschaftsschule ausgesprochen haben.
Es ist auch der Fall bekannt geworden, dass ein Amtswalter für ein abwesendes Ehepaar unterschrieb und den betr. dann das am nächsten Morgen mitteilte.
In einem Brief aus dem Saargebiet beschreibt ein Herr, wie es bei ihnen gemacht wurde: wie bei uns persönlich, so wurde es fast überall gemacht. Nämlich ich erklärte: ich stimme für die Konfessionsschule. Da fragte der Mann mich zum zweiten Mal. Ich sagte dasselbe und bekam keinen Schein zum Unterschreiben. So war es bei unsern Verwandten und so war es in der Nachbarschaft. So war es fast überall. Nur ganz wenige Zettel liesse [illegible] Stimmsammler mit "Ich stimme für die Konfessionsschule" unterschreiben. So waren selbstverständlich 90 % und noch mehr gegen die Konfessionsschule, weil ja fast keine andern Stimmen da waren.
6. Bemerkenswert ist auch noch in diesem Zusammenhang, dass in einem bestimmten Kreis die Abstimmung noch nicht am 21.März abends bei der Aufgabe des Telegramms mit dem Abstimmungsergebnis beendigt war. Vielmehr wurde in einer Ottschaft noch am 22. und in einer anderen noch am 23.März abgestimmt.
7. Am erschütterndsten sind wohl die Äusserungen von Beamten, die von Haus zu Haus gehen mussten, um Unterschriften zu sammeln, obwohl sie selbst gegen die Gemeinschaftsschule waren. So äusserte einer später: ich schäme mich, zu dem Ort wieder zu gehen, wo ich angestellt bin. Ich komme mir wie ein Judas vor. Ich habe noch keine Nacht geschlafen seit dem Tag der Abstimmung. Warum haben wir uns nicht gegen das gewehrt, was doch gegen unsern Willen und gegen unsere Überzeugung war? - An andern Orten wieder sagt man: dafür gingen wir so stark und so einmütig am 9.Januar 1935 zur Wahlurne, um jetzt dies zu erleben! Alles hatte man uns versprochen und hält es nicht.
Das Wort eines Pfarrers kennzeichnet die Lage wohl am stärksten: der Tag war kein Freudentag, sondern ein Tag des Weinens und des Klagens, ein Tag des Zitterns der bedrängten Gewissen. Erschütternd ist darum auch die Wirkung des Jubels der Presse auf die Menschen, die wissen, dass das von hier gemeldete Ergebnis der Abstimmung der Wahrheit nicht entspricht. Der Schade, der daraus unseremVolk erwächst, ist unabsehbar. Der erschütternde Ernst des Schriftwortes wird hier mit aller Deutlichkeit offenbar: "Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben".
Das amtliche Ergebnis lautete so, dass von 310 abstimmenden Orten 89 mit 100 % gestimmt haben. Nur in einigen wenigen Orten lag das Ergebnis unter 90 %. Die niedrigste Prozentzahl war 54,5 %. Eine Zeitung (NSZ-Rheinfront Nr.68 vom 22.3.37) schreibt in einem Bericht über die Abstimmung: "Die Propagandisten der Spaltung werden ihre bisherigen Parolen einer erheblichen Umbauarbeit unterziehen müssen. Sie haben es immer verstanden, im In- und Ausland den Willen zur Gemeinschaftsschule als eine Ausgeburt terroristischer Unterdrückungspolitik gegen die Kirche hinzustellen. Im Gau Saarpfalz, in dem die Bevölkerung zu 60 % katholisch und zu 40 % evangelisch ist, haben 97 % des Kirchenvolkes diesen angeblichen "Terror" freiwillig gutgeheissen." "Das Volk hat gesprochen. In diesem Falle war Volkes Wort auch Gottes Wort."
Amtlich wird von der Pressestelle des Reichskommissars des Saarlandes und der Regierung der Pfalz bekanntgegeben:
"Die am Samstag im gesamten Bereich des Gaues Saarpfalz durchgeführten Abstimmungen über die Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule haben die überwältigende Zustimmung der Erziehungsbrechtigten gefunden. Die auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses beim Reichskommissar für das Saarland und bei der Regierung der Pfalz gestellten Anträge auf Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule wurden von den zuständigen Schulaufsichtsbehörden der beiden Regierungen sofort behandelt und genehmigt. Mit Beginn des neuen Schuljahres ist damit im Gau Saarpfalz die Gemeinschaftsschule eingeführt."
Gauleiter Bürckel hat noch folgendes Wort des Dankes an seinen Gau gerichtet:
"Die nun vollzogene Abstimmung für die Gemeinschaftsschule in unserem ganzen Gau ist eine einzigartige Willenskundgebeung, den jahrhundertealten Hader und Streit endgültig zu begraben. Dieser Entscheidungstag, der vor allem ein Geschenk an unsere Jugend bedeutet, wird als

einer der stolzesten in der Geschichte des Gaues genannt werden. Ich habe das Bedürfnis, all denen, die mit dieser Tat für die Vollendung der Volksgemeinschaft einen so wesentlichen Teil beigetragen haben, von ganzem Herzen den aufrichtigsten Dank auszusprechen.
Neustandt a.d. Weinstrasse, 21.März 1937 Heil Hitler! Bürckel, Gauleiter."

Als Zeichen des Protestes gegen diese ganzen Vorgänge wurden in den katholischen Kirchen des Abstimmungsgebietes am 1.Ostertag nur stille heilige Messen ohne Orgelspiel und Gesang abgehalten. Auch schwiegen alle Glocken. Die Bekennende Kirche der beiden Saarsynoden hat am 24.März folgenden Brief an Gauleiter Bürckel geschrieben:
" Herr Gauleiter!
Sie haben Ende der vergangenen Woche eine Abstimmung über die Gemeinschaftsschule angeordnet und durchführen lassen.
Wir sagen Ihnen, was Tausende Ihnen nicht sagen dürfen:
Die von Ihnen angeordnete freie Entscheidung ist keine freie Entscheidung gewesen. Zu einer freien Entscheidung - wohlverstanden nicht im liberalistischen Sinn - gehörte, dass den Vertretern der Bekenntnisschule, zumal den christlichen Kirchen, Gelegenheit gegeben worden wäre, die für Kirche, Volk und Staat gleichermassen bedeutsame, vom Gottes bestimmten Gründe für die Gemeinschaftsschule vor derselben Öffentlichkeit und mit derselben Deutlichkeit auszusprechen. Das ist nicht geschehen.
Das wäre umso nötiger gewesen, da in Ihrer Rede nirgendwo deutlich wurde, worin denn eigentlich der christliche Charakter der von Ihnen geplanten Gemeinschaftsschule besteht. Darüber haben wir am Schluss etwas zu sagen.
Eine freie Gewissensentscheidung war für die zu befragenden Eltern nicht möglich bei der Plötzlichkeit der Abstimmung. Uns ist diese Plötzlichkeit bei einer so schwerwie genden Gewiss ensentscheidung unbegreiflich. Es war den Frauen nicht einmal möglich, sogar verwehrt mit ihren Männern Rücksprache zu nehmen. Diese Plötzlichkeit hatte nebenbei die seltsame Folge, dass in einzelnen Orten Leute befragt wurden, die gar nicht zu den Erziehungsberechtigten gehören.
Eine freie Entscheidung war dadurch behindert, dass die Erklärung offen vor uniformierten Amtswaltern der Partei unterschrieben werden musste, die z.T. in Begleitung der Lehrer oder anderer Parteimitglieder erschienen. Ohne dass wir danach gefragt haben, sind uns eine Fülle von Einzelfällen berichtet worden, wo christlich gesinnte Mütter sich energisch, oft stundenlang wehrten, bis sie schliesslich durch die immer wiederholten Mahnungen und Warnungen und schliesslich sogar mit Androhung des Verlustes der Stelle für den Mann, zur Unterschrift genötigt wurden; besonders solche Frauen und Mütter, deren Männer in abhängiger Stellung sind. selbst Fälschungen sind aus einer Gemeinde uns berichtet worden, da den Leuten Unterschriften gesagt und gezeigt wurden, sämtliche Lehrer dieser Gemeinde hätten sich schriftlich für die Gemeinschaftsschul erklärt - wider die Wahrheit. Ebenso ist mit Ver- Verlust der Wohnung gedroht worden.
Herr Gauleiter! Wir erinnern uns ähnlicher Methoden bei der Einrichtung der Domanialschulen, gegen die wir damals auf das schärfste protestierten und uns schützend vor die gekenechteten Gewissen gestellt haben. - Es ist uns bitter, dass wir heute Ihnen gegenüber etwas ähnliche zu tun verpflichtet sind. Meinen Sie ernstlich, dass auf solcher Abstimmung der Segen Gottes ruhe und aus ihr eine echte Volksgemeinschaft wachsen könne? Oder gehören diese Dinge für Sie zu den "kleinen Verstandesmässigen Erwägungen, die zuschweigen haben"? Hier ist die Grenze nicht nur erreicht, sondern überschritten, wo ein evangelischer, an sein Amt und Gottes Wort gebundener Pfarrer schweigen darf.
Die Zahlen der Abstimmung können ebensowenig wie das Schweigen der Leute in der Öffentlichkeit die Tatsache aus dem Wege räumen, dass in weiten Kreisen der Bevölkerung, zumal bei den ernsten Christen eine tiefe Erregung und Unruhe aufgebrochen und grosses Vertrauen erschüttert ist. Zu dieser inneren Unruhe bei denne, die Christen sind und ihre Kinder christlich erzogen wissen wollen, hat die Unklarheit über den wirklichen Charakter der von Ihnen geplanten "christlichen Gemeinschaftsschule mit bekenntnismässigem Religionsunterricht erheblich beigetragen. Wie ungesichert die blosse Zusage "eines bekenntnismässigen Religionsunterrichtes" ist, erheelt aus der anschaulichen Beweisführung eines Lehrers für die "Christlichkeit" der Gemeinschaftsschule und die "Bekenntnismässigkeit" des Rel.Unterrichtes - bei dieser Abstimmung in einem Hause - "Jesu Speisung der 5000 sei das WHW".
Ein solcher "christlicher bekenntnismässiger" Rel.Unterricht ist nicht ein vereinzelter Fall, sondern typisch für den liberalistischen Kehricht aus dem Mülleimer des 18.Aufklärungsjahrhundert, der in allerlei Lehrplänen für den Rel.Unterricht wieder aufgetaucht ist.

Wenn Ihr Äusserung über Gott und seinen Willen mit unserem Volk das Christliche der von Ihnen geplanten Gemeinschaftsschule bezeichnen soll, so müssen wir - nicht als Theologen, sondern als Urteil des geoffenbarten Wortes Gottes - Ihnen sagen, dass dieser Deutung des Christelichen das Entscheidende fehlt, nämlich die richtende und rettende Gnade Gottes in Jesus Christus als dem alleinigen Heil der Menschen und Völker; in ihm allein hat ein Volk eine Verheissung; an diesem Christus entscheidet sich aus das Leben und die Zukunft unseres Volkes.
Dieser Christus hat das Wort gesagt - das mit weltlicher Weisheit und Erkenntnis nichts zu tun hat, das vielmehr Gottes Wahrheit über die Welt bedeutet - wer sein Leben erhalten will, der wird es verlie ren; wer aber sein Leben verliert um meinetwillen, der wird es finden. Was hülfe es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele.
Das gilt nicht nur für das sog. Jenseits, sondern für Zeit und Ewigkeit.
Herr Gauleiter! Diese ernsten Worte mussten wir schreiben aus der Sorge und Verantwortung für die christlich getaufte Jugend, für deren christliche Unterweisung nicht nurim Gotteshaus, sondern auch im Elternhaus und in der Schule die Kirche, die Verantwortung trägt, die ihr niemand abnehmen kann.
Sie kennen uns genug, um zu wissen, dass diese Ausführungen nicht aus irgendwelchen Ressentimentsherkommen, sondern aus der Sorge um Volk und Staat."

gez. Unterschrift."

Da man aber bei der Vernehmung der Stapo gegenüber die Namen nicht bekannt geben wol lte, wurde mitgeteilt; so lange die Beweise für die Vorwürfe nicht vorgelegt werden, kann der Herr Gauleiter die Vorwürfe nicht für richtig halten. Ob auf diesem Wege letztlich etwas erreicht werden wird, steht noch nicht fest.
Ausserdem hat die Bekennende Kirche der beiden Saarsynoden in den Karfreitagsgottesdiensten folgendes Wort an die Gemeinden verlesen lassen, um auch hier die Wahrheit zu bezeugen:
"Durch die Abstimmung für die Gemeinschaftsschule sind am vergangenen Samstag viele treue Christen in innere Gewissensnot gebracht worden. Die von dem Gauleiter angekündigte freie Entscheidung ist keine freie Entscheidung gewesen.
1. Die Abstimmung erfolgte so überraschend plötzlich, dass den Anhängern der gesetzlich verbrieften Bekenntnisschule jede Möglichkeit fehlte, die vom Worte Gottes her gegebenen Gründe für die Bekenntnisschule und gegen die Gemeinschaftsschule in derselben Öffentlichkeit und mit derselben Deutlichkeit auszusprechen.
2. Die ausgegebene Losung:"christliche Gemeinschaftsschule mit bekenntnismässigem Rel.Unterricht" hat, wie uns bekannt worden ist, sehr viele verwirrt. Es ist nicht gesagt worden, - was entscheidend ist - , dass eine Gemeinschaftsschule nur dann eine christliche heissen darf, wenn Jesus Christus , der für uns gestorbene und auferstandene Herr, den Geist der Schule und des ganzen Unterrichtes bestimmt. Es ist nicht gesagt, dass der "bkenntnismässige Rel.Unterricht wirklich bekenntnismässig im Sinne und Urteil der christlichen Kirche gehalten werden soll. Angesichts der heutigen Lage wäre das ein befreiendes Wort gewesen für die, die mit Ernst Christen sein und ihre Kinder so erzogen wissen wollen.
3. Nach übereinstimmenden Zeugnissen aus vielen Gemeinden haben die bewusst christlich gesinnten kirchlichen Eltern in grosser Zahl sich in ihrem Gewissen vergewaltigt gefühlt durch die vielfach geübte Handhabung der Abstimmung: durch das Erscheinen uniformierter Amtswalter der Partei, z.T. in Begleitung der Lehrer, durch hartnäckige Ermahnungen, Verwarnungen und sogar Drohung mit Verlust der Stelle für den Mann. Unter solchem Druck haben sie unterschrieben.
Denen, die unter der gegebenen Unterschrift leiden, dürfen wir nichts von dieser innersten Not vor Gott abnehmen, aber wir weisen sie an die vergebende Gnade in unserm Herrn Jesus Christus. Es gibt hier nur den Trost des Wortes Gottes: "Glauben wir nicht, so bleibt er treu, er kann sich selbst nicht verleugnen".

Der Gau Saarpfalz ist nun der erste, in dem die Gemeinschaftsschule restlos eingeführt wird. Zu Beginn des neuen Schuljahres sollte am Montag, den 12.April die feierliche Einführung durch Gauleiter Bürckel stattfinden. Mehreren Pfarrern wurde am Donnerstag abend (8.4.) durch die Schulrektoren mitgeteilt, dass der Gauleiter für alle Orte anlässlich dieses Ereignisses Schulgottesdienste angeordnet habe. Daraufhin stellten kirchliche Stellen am Freitag bei der Schulabteilung der Regierung in Saarbrücken Nachfrage, wie diese Mitteilung zu verstehen sei. Sie wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Gottesdienste nicht von

staatlichen, sondern nur von kirchlichen Stellen angeordnet werden könnten. Der zuständige Dezernent stimmte diesem Gedankengang zu und bat, die Mitteilung als Anfrage zu verstehen. Auf Grund dieser Tatsache verschlossen sich die kirchlichen Stellen dieser Bitte nicht, sondern sagten die Gottesdienste zu vorbehaltlich der Zustimmung der Presbyterien. - Doch am Sonnabend erschienen in den Zeitungen Artikel, in denen die Bereitwilligkeit der evangelischen Pfarrer, Schulgottesdienste abzuhalten, als Zustimmung zur Gemeinschaftsschule ausgewertet wurde. Deshalb richtete die Bekennende Kirche der beiden Saaraynoden am Sonntag dem 11. April in den Gottesdiensten wieder ein Wort an die Gemeinde, um diese Unterstellung abzuwehren. In diesem Wort heißt es u. a.
"1) Wenn die Schulverwaltung einen besonderen Gottesdienst erbeten hat, erfüllt die evangelische Kirche solchen Dienst an den ihr durch die Taufe anvertrauten Kindern im Gehorsam gegen ihren Herrn.
2) Dieser Dienst bedeutet keine Stellungnahme für die Gemeinschaftsschule. Was wir zu der Frage der Gemeinschaftsschule zu sagen haben, ist Karfreitag in unserem Wort an die Gemeinden gesagt worden. Wir haben davon nichts zurückzunehmen."
Die katholische Kirche hat überhaupt keine Schulgottesdienste gehalten.

Jetzt ist die Gemeinschaftsschule überall eingerichtet, auch dort, wo nicht das geringste Bedürfnis vorliegt. Auch in der Großstadt, wo in den einzelnen Stadtteilen mehrere konfessionelle Klassen für jeden Jahrgang vorhanden sind, wurden die evangelischen Klassen extra auseinandergerissen.
Wie die Christlichkeit der Gemeinschaftsschule in der Praxis aussieht, ergibt sich schon daraus, daß jetzt grundsätzlich zu Beginn des Unterrichts kein evangelischer Choral gesungen werden darf; die katholischen Kinder dürfen auch nicht das Kreuz schlagen oder die Litanei beten. Und das alles deshalb, weil sich ja sonst die Kinder der anderen Konfession in ihrem religiösen Empfinden verletzt fühlen könnten. Es bleibt also eine überkonfessionelle Christlichkeit übrig, die es überhaupt nicht gibt. Man hat ein allgemeines Gebet entworfen, das dieser überkonfessionellen Christlichkeit gerecht werden sollte. In diesem Gebet kam der Name Jesus Christus überhaupt nicht vor. Erst nachträglich wurde er noch eingefügt. So positiv ist das Christentum der christlichen Gemeinschaftsschule.

Gauleiter und Staatsminister Wagner sagte am 13. 2. 37 vor den mainfränkischen Erziehern Worte, die auch in diesem besonderen Zusammenhang nicht ungehört bleiben dürfen:
" Noch eines sage ich Ihnen ganz offen. Warum soll man denn die Kruzufixe in den Schulen entfernen? Warum denn? Laßt die Kreuze hängen! Wenn ich Lehrer wäre, würde ich jeden Morgen sagen: Jungen und Mädel! Schaut euch an, so hat der Jude Christus an das Kreuz genagelt! Jeden Tag würde ich das tun! Ich dächte garnicht daran, das Kruzifix zu entfernen. Mich würde es nicht stören und es stört Euch auch nicht. Unsere Jugend möchte ich bitten, von all diesen Dummheiten abzulassen. Diese ungeheuer wichtigen Probleme werden nicht von Jungen und Mädel gelöst, sondern diese Probleme erfordern die Einsicht der Besten der Deutschen. Diese Probleme sind vor uns hingestellt worden ohne unser Zutun und ohne, daß wir das wollen. Weil wir den Frieden in unserem Volke wollen, werden die Probleme vom Führer gelöst werden, so wie es zum Wohle unseres deutschen Volkes ist. Weltanschauungen kämpfen nicht miteinander durch Kleinigkeiten und durch Schikanen. Weltanschauungen kämpfen gegeneinander und untereinander auf Grund einer geistig viel höheren Basis. Es wird sich am Ende entscheiden, welche Weltanschauung richtig ist und damit ewig sein wird."
(Reichszeitung Der deutsche Erzieher; 4. Heft, April 37